

Nazih Musharbash

Präsident

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Rede - Kundgebung München am 11.01.2025

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens in Palästina und in Israel,

dass hier in Deutschland lebende Palästinenser, Arabischstämmige und Muslime ausgerechnet vom Bundespräsidenten selbst, gleich nach dem 7. Oktober 2023, aufgefordert wurden, sich von der Hamas und vom Antisemitismus zu distanzieren, zeigt doch, dass er uns alle in der Nähe von Hamas und Antisemitismus verortet hat.

Hat er denn alle Deutschen, Deutschsprachigen und alle Christen aufgefordert, sich vom NSU und von zunehmender Diskriminierung zu distanzieren? Nein!

Sein Generalverdacht ist politisch und gesellschaftlich schädlich, zutiefst beleidigend und verletzend. Damit beeinträchtigt er den sozialen Frieden in diesem Land, er spaltet Menschen in gute und in böse Gruppen und trägt dazu bei, dass viele Menschen ihr Vertrauen in Politik und Demokratie verlieren.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft hat den Hamas-Angriff verurteilt, doch die andauernde israelische Kriegsführung bietet genug Anlass die Politik Israels scharf zu verurteilen. Und jeder muss endlich begreifen, dass Israelkritik weder antijüdisch noch antisemitisch ist!

Die politische, humanitäre und medizinische Situation im Gazastreifen und in der Westbank stimmen uns traurig und wütend.

Wir alle sind wütend über die aggressive und bewusste Zerstörung jeglicher Lebensgrundlage der palästinensischen Bevölkerung in Gaza durch die israelische Armee.

Wir können es uns kaum vorstellen, wie gezielt auf Menschen geschossen und wie präzise deren Häuser, Moscheen, Kirchen, Krankenhäuser, Schulen und Infrastrukturen völlig dem Boden gleich gemacht werden.

Es ist zum Heulen, wenn Menschen mehrmals hin und her vertrieben werden, ihnen Nahrung und medizinische Versorgung entzogen wird und wenn Kinder erfrieren müssen.

All das sind Verbrechen gegen Menschenrecht und Völkerrecht - begründet mit der von Israel als so genannte Selbstverteidigung - und von Deutschland vorbehaltlos so übernommen.

Es ist zum Schreien, wenn die israelische Regierung öffentlich bekannt gibt, dass sie niemals einen palästinensischen Staat akzeptieren würde und zugleich androht, weitere Gebiete in der Westbank zu annektieren.

Es ist schizophren, wenn Deutschland an der Zwei-Staatenlösung festhält, aber Palästina nicht einmal als Staat anerkennt.

Es ist nicht auszuhalten, wenn die deutsche Nahostpolitik die israelische Erzählung eins zu eins übernimmt und jegliche Kritik an Israel als „israelbezogenen Antisemitismus“ auslegt und sanktioniert.

Es ist absurd, wenn Israel der UNO und deren Generalsekretär, dem Internationalen Strafgerichtshof und weiteren NGOs antisemitisches Verhalten vorwirft, bloß weil diese das Vorgehen der israelischen Politik zu Recht kritisieren.

Israel ist dabei den Gazastreifen „araberfrei“ ethnisch zu säubern.

Es ist nicht mehr auszuhalten, dass all das und viel mehr unter Duldung der Weltöffentlichkeit und mit Wissen der deutschen Politik zugelassen wird.

Unser Anliegen klar:

Gewalt und Krieg, Terror und Staatsterror, Vertreibung und Zerstörung sind keine geeigneten Mittel zur Lösung von politischen Problemen.

Wir setzen uns ein für den strikten Einhaltung des universalen Völkerrechts und für die Beendigung der erdrückenden völkerrechtswidrigen israelischen Besatzung sowie für den Stopp von deutschen Waffenlieferungen an Israel.

Vielen Dank!